

AntragstellerIn:

Name/Fachbereich/Gruppe Vorstand

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,
*sich mit den studentischen Besetzer*innen des Audimax der TU Berlin zu solidarisieren.*

Begründung:

Am Abend des 13. Juni 2018 wurde das Audimax der TU Berlin von Studierenden besetzt. Dies geschah im Rahmen eines Bildungsstreiks des Bündnisses „Wir streiken alle!“ und stand in Verbindung mit einem bundesweiten Aktionstag des Bündnisses „Lernfabriken...Meutern!“.

Die Studierenden übermittelten dem Präsidenten der TU ihre Forderungen, wobei sie anboten nach einer Einigung innerhalb von 24 Stunden das Audimax zu verlassen. Die drei Kernforderungen umfassen das Bekenntnis der TU zur zügigen Ankopplung des Tarifvertrags TVStud an den TV-L, einen Nachteilsausgleich für durch streikbedingte Ausfälle betroffene Studierende und die Entwicklung eines Dialogs zwischen Präsidium und Studierenden zu weiteren Problemfeldern wie Demokratisierung, Anti-Diskriminierung und Liberalisierung von Wiederholungsversuchen.

An der TU Berlin herrscht seit Jahrzehnten die Übereinkunft darüber, dass Aktionen seitens der Studierenden auf friedlichem Weg im Dialog gelöst werden, was das positive Verhältnis zwischen Studierenden und Uni ausgemacht hat. Doch am 18.06. ließ die TU Berlin das besetzte Audimax gewaltsam durch die Polizei räumen. Hierbei gab es keine Vorwarnung und der 50 Jahre alte Konsens an der TU wurde gebrochen. Gabriel Tiedje vom AStA der TU dazu: "Wir verurteilen die einseitige Eskalation von Seiten der Unileitung, noch während des andauernden Warnstreiks die Fronten zu verhärten, indem tarifliche Konflikte Mithilfe der Polizei geklärt werden. Dabei hatten die Studierenden erst heute Morgen der Leitung der TU Gespräche

angeboten. Wer als teildemokratische Körperschaft des öffentlichen Rechts so auf legitime Studierendenproteste reagiert, hat keine Argumente mehr. Wer Repression benötigt konnte nicht Überzeugen oder hat es wie im Beispiel der TU gar nicht erst Versucht!"

Hintergrund:

In Berlin streiken studentische Beschäftigte seit vergangenem Jahr (2017) für bessere Arbeitsbedingungen (<https://tvstud.berlin/argumente/>). Unter anderem gehört hierzu, dass die Löhne gemäß des Tarifvertrags („TV Stud“) der Hochschulverträge ausgezahlt werden. Der Studierendenrat hat sich mit der Sitzung vom 30.01.2018 mit den Streikenden solidarisiert. Die Berliner Hochschulen entgegen dem studentischen Arbeitskampf mit keinem ernsthaften Dialog, stattdessen werden Studierende beispielsweise durch das Herbeiholen der Polizei unrechtmäßig von öffentlichen Senatssitzungen ausgeschlossen.

Pressemitteilung zur Besetzung des Audimax der TU Berlin

Das Lohndumping der Hochschulen wird auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen. „Unter diesen Bedingungen ist keine gute und nachhaltige Bildung möglich. Für eine Lösung des Problems ist die Beendigung der prekären Beschäftigungsverhältnisse notwendig. Dies kann nur durch den Abschluss eines neuen Tarifvertrags mit Ankopplung an den TV-L geschehen“, sagt Lena Schwarz der Alice-Salomon-Hochschule dazu.

Weiterhin ist die Demokratisierung der Hochschulen unabdingbar. Während die Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung in den Hochschulverträgen bereits ausreichende Mittel bereitgestellt haben, um die studentischen Hilfskräfte angemessen zu vergüten, kommen diese aufgrund struktureller Mängel der universitären Machtstrukturen nicht an. Eine Studentin der HU stellt fest: „Es ist unhaltbar, dass das von der Landesregierung bereitgestellte Geld nicht für die vorgesehenen Zwecke verwendet und an die studentischen Hilfskräfte ausgezahlt wird. Durch die mangelnde Demokratisierung in den Hochschulen ist es den Hochschulleitungen bis jetzt möglich, sich in den Verhandlungen querstellen.“

Das Thema der Demokratisierung der Hochschulen ist dem Bündnis „Wir streiken alle!“ auch in weiteren Belangen wichtig. Weitere Forderungen umfassen die Sicherstellung studentischer Partizipation auf allen Ebenen. Dies betrifft beispielsweise die Viertelparität sowie das Berufungswesen. Ein Vorstandsmitglied des freien Zusammenschluss von student*innenschaften meint dazu: „Es kann nicht sein, dass die patriarchalen Hierarchien der Professor*innen in allen Belangen das letzte Wort haben und wir als Studierende noch nicht einmal entscheiden können, wer diese Macht innehat.“

Nicht nur die studentischen Hilfskräfte sind von prekären Lebensbedingungen betroffen. Für ein gutes Studium reicht auch das BAföG nicht. Ein Student der FU adressiert die Bundesregierung: „Die Wohnpauschale des BAföG reicht in Berlin nicht einmal für ein WG-Zimmer. Eine echte Trendwende muss her. Dafür brauchen wir ein bedarfsdeckendes, eltern-, semester- und altersunabhängiges BAföG. In anderen Ländern sind entsprechende Regelungen bereits Standard.“

Studierende aller Berliner Hochschulen

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).